

Nationalratswahlen 2011

Wie die Zürcher Kandidierenden denken

Ein Vergleich politischer Positionen in für den Kanton Zürich relevanten Themenbereichen

Wie unterscheiden sich die politischen Rucksäcke, die sich die Zürcher Nationalratskandidaten für den Weg nach Bern angehängt haben? Ein Vergleich legt unüberbrückbare Differenzen und überraschende Nachbarschaften offen.

Walter Bernet, Stefan Hotz und Dorothee Vögeli

Der Wahlkampf um die Sitze im Nationalrat findet abseits der grossen Öffentlichkeit statt. Wo Kandidierende um Aufmerksamkeit buhlen, verteilen sie Bonbons, Glacen, glattpolierte Parteibotschaften auf bunten Flyern und wechseln mit ihren Wählern ein paar Worte. Wo es – wie an den zahllosen kontradiktorischen Podiumsveranstaltungen – um Inhalte ginge, bleibt das Publikum oft aus. Und in Inseraten bewirbt man vor allem den eigenen Kopf.

Wie positionieren sich die Parteien und ihre Kandidierenden in Fragen, die den Kanton Zürich als Bildungs- und Forschungsplatz, als Wirtschaftsstandort und als überlasteter Raum für Wohnen, Arbeiten und Pendeln ganz direkt betreffen? Liegen die bürgerlichen Parteien wirklich so weit auseinander, wie es im Wahlkampf tönt? Gibt es die politische Mitte? Wie grün ist Rot und wie rot Grün? Welche Themen polarisieren? Die nebenstehende Grafik gibt in einem eingeschränkten Themenspektrum Einblicke in solche Fragen. Die NZZ hat dafür aus dem umfangreichen Fragenkatalog der Online-Wahlhilfe Smartvote, den 516 von insgesamt 902 Kandidierenden auf Zürcher Nationalratslisten beantwortet haben, ein gutes Dutzend Fragen ausgesucht.

Umstrittene Schule

Die Rede von der Bildung als wichtigstem Rohstoff der Schweiz schlägt sich darin nieder, dass über Themen der Schule viel heftiger gestritten wird als noch vor vier Jahren. In der letzten Frage der Grafik zeigt sich allerdings, dass an Bildung und Forschung niemand Abstriche machen möchte. Nur die SVP-Kandidaten neigen – zusammengekommen – dazu, auch in diesem Bereich eher zu sparen. Die übrigen Parteien sind sich im Grundsatz einig, dass eine Steigerung der Bildungs- und Forschungsausgaben massvoll bleiben muss – das Mass bleibt kontrovers.

Wie stark die Schule zum Instrument politischer Profilierung gemacht wird, zeigt die Frage nach der Schulharmonisierung, welche noch bei der Abstimmung über den Bildungsartikel der Verfassung im Mai 2006 völlig unbestritten

13 Fragen zur Bundespolitik – 516 Antworten aus Zürich

Die Positionen der grösseren Parteien im Spiegel der Antworten ihrer Zürcher Kandidatinnen und Kandidaten auf ausgesuchte Fragen aus dem Smartvote-Fragebogen



QUELLE: SMARTVOTE.CH

NZZ-INFOGRAFIK/tdf.

war. Dass die SVP sich hier meilenweit von allen übrigen Zürcher Parteien absetzt, spricht nicht für die Stichtfestigkeit ihrer Argumente. Breiter ist die Streuung bei der Frage der Integration von Kindern mit Lernschwierigkeiten oder Behinderungen in die Regelschule, wenn auch hier die SVP erneut allein auf der deutlich ablehnenden Seite steht. Im breiten Spektrum schlägt sich nieder, dass dem Gedanken der Integration zwar viel Sympathie entgegengebracht wird, die Schwierigkeiten der praktischen Umsetzung aber unterschiedlich beurteilt werden. Es gibt aber auch in der Schule nicht nur Disharmonie: Dispensationen aus religiösen Gründen finden kaum Unterstützung.

Ausländerpolitik polarisiert

Die migrationspolitischen Positionen sind klar und unmissverständlich: Mit ihrer Ablehnung der Personenfreizügigkeit stehen die Zürcher SVP-Kandidaten allein auf weiter Flur. Die Standpunkte zum Umgang mit Ausländern

ohne Aufenthaltsrecht und zur Frage eines gesamtschweizerischen kommunalen Ausländerstimmrechts spiegeln hingegen die traditionellen Mehrheitsverhältnisse wider. Die Vertreter des Bürgerblocks stellen sich geschlossen gegen eine einmalige Legalisierung von illegal anwesenden Ausländerinnen und Ausländern, nur die Exponenten der SP und der Grünen befürworten eine Regularisierung – wenn auch nicht mit einem ganz deutlichen Ja. Dasselbe Bild zeigt sich bei der Frage nach dem kommunalen Stimm- und Wahlrecht für Ausländer, wobei sich hier die Vertreter des Bürgerblocks – eine Ausnahme bildet die SVP – weniger strikt dagegen aussprechen.

Für eine stärkere politische Einbindung der Ausländer in ihren Wohngemeinden würde sich also die Mehrheit der Kandidierenden in Bern nicht einsetzen. Diese Position steht allerdings in einem gewissen Widerspruch zur offenbar starken Gewichtung des wirtschaftlichen Nutzens der Zuwanderung aus dem EU-/Efta-Raum – und sie

deckt sich nicht mit den Mehrheiten in mehreren Westschweizer Kantonen, die das Ausländerstimmrecht auf Gemeindeebene schon länger eingeführt haben. Bei der noch deutlicheren Ablehnung der «kollektiven» Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen an Sans-Papiers spielt wohl das Problem der Eingrenzung dieser Personengruppe eine Rolle: Sans-Papiers haben zum Teil das Aufenthaltsrecht verloren oder waren von Anfang an illegal im Land. Die einen leben hier nur kurz, die anderen während Jahrzehnten. Da die «kollektive» Regularisierung den Eindruck einer bedingungslosen Aufenthaltsbewilligung weckt, sind bis jetzt entsprechende Initiativen in Bern ohne politisches Echo geblieben. Von beiden Räten überwiesen wurde hingegen eine Motion, die Kindern von Sans-Papiers erlauben will, eine Lehre zu absolvieren.

Geht es um die Wahrung dessen, was vom Bankgeheimnis übrig geblieben ist, sind sich FDP und SVP bis auf die Stellen hinter dem Komma einig, dass ein automatischer Austausch von Bankkun-

dennten mit ausländischen Steuerbehörden ohne Wenn und Aber abzulehnen ist. Ganz so entschieden vertreten die Grünen und die SP die Gegenposition nicht, aber sie befinden sich im Feld der Ja-Sager allein auf weiter Flur. Hingegen opponiert keine Partei einer Verschärfung der Eigenkapitalvorschriften und anderer Regulierungen für systemrelevante Grossbanken.

ÖV hat die Nase vorn

Der Themenkomplex Verkehr und Raumplanung ist gegenüber Ausländerfragen weniger stark polarisiert. Die Antworten sind vergleichsweise gleichmässig und ohne grosse Überraschungen zu offenbaren, über das ganze Meinungsspektrum verstreut. Das zeigt sich auch darin, dass die CVP zu drei der vier Fragen jeweils genau die Mitte besetzt.

Die Landschaftsinitiative der Umweltorganisationen auf Bundesebene geniesst viel Goodwill. Das ist insofern überraschend, als dieses Begehren nicht primär aufgrund von Zürcher Verhältnissen entstanden ist. Der Kanton Zürich ist bei weitem nicht der grösste Sünder, was die übermässige Einzonung von Bauland betrifft, und sieht mit der anstehenden Revision des Richtplans sogar eine geringfügige Verkleinerung des Siedlungsgebietes vor. Zu beachten ist auch, dass die Antworten die Situation zeigen, bevor der Nationalrat am Mittwoch dieser Woche dem Gegenvorschlag, einer Revision des Raumplanungsgesetzes, die Zähne zog. Das dürfte, bleibt es dabei, die Chancen für die Landschaftsinitiative in der Volksabstimmung erhöhen.

Die Frage nach dem Ausbau überlasteter Autobahnabschnitte löst ebenso heftige Zustimmung wie Abwehr aus. Wobei sich SVP und FDP hier wie sonst fast nirgends nahestehen. Auf der anderen Seite ist der Strassenverkehr das Thema, wo sich Grüne und Grünliberale noch grün sind und nahezu deckungsgleich antworten. Bei der Frage nach der Verwendung öffentlicher Mittel zeigt sich, dass im S-Bahn-Kanton Zürich insgesamt die Bereitschaft deutlich höher ist, mehr Mittel in den öffentlichen Verkehr zu stecken als in den Strassenbau. Nicht selbstverständlich ist zudem, dass die SP noch ausgeprägter für den ÖV-Ausbau einsteht als die Grünen. Umgekehrt sind selbst die Kandidierenden von SVP und FDP der Meinung, dass der Bund weniger als «etwas mehr» Geld für den Strassenbau ausgeben soll. Das ist ein schlechtes Omen für die kantonale TCS-Initiative «Stau weg!», über die am 27. November abgestimmt wird. Die Zürcher Standesinitiative fordert vom Bund baldige milliardenschwere Investitionen in das Zürcher Autobahnnetz.

Neulinge und Spezialisten

Zur Wahl in den Nationalrat tritt auch gut ein halbes Dutzend Gruppierungen mit beschränkter Themenbreite an

Sie nennen sich parteifrei, setzen sich für Tiere ein oder kämpfen gegen Powerpoint-Präsentationen. Unter den 30 Zürcher Listen für die Nationalratswahlen vom 23. Oktober sind auch neue Gruppierungen mit schmalen Themenspektrum vertreten.

Florian Sorg

Aufwind spürt derzeit unter den erstmals zur Wahl ins Bundeshaus antretenden Gruppierungen namentlich die Piratenpartei. Ihre Kandidaten hoffen, an den Erfolg ihrer Berliner Kollegen am vergangenen Wochenende anknüpfen zu können. Diese schafften auf Anhieb 9 Prozent der Wählerstimmen und können nun mit 14 Vertretern ins Abgeordnetenhaus einziehen. Hierzulande be-

schränkt sich die parlamentarische Piraten-Präsenz noch auf einen Sitz im Winterthurer Gemeinderat. Bei den Kantonsratswahlen im letzten April trat die Partei in der Hälfte der Wahlkreise an und erreichte Wähleranteile zwischen 0,5 und knapp 2,5 Prozent.

Verbindung unter Kleinen

Im Parteiprogramm stellt die 2009 gegründete Partei Datenschutz und freien Informationszugang ins Zentrum. Die Piraten treten am 23. Oktober mit 2 Frauen und 16 Männern an, die mehrheitlich im Informatikbereich tätig sind. Sie sind eine Listenverbindung eingegangen mit Partei der Arbeit, Alternativer Liste und «Konfessionslose.ch. Liste für die Trennung von Staat und Kirche». Schaffen die Piraten wie in einzelnen Wahlkreisen bei der Kantonsratswahl rund 2 Prozent und halten sich die

linken Listenpartner im Bereich ihrer früheren Wahlergebnisse, so liegt ein Sitz im Bereich des Möglichen; profitieren würde die Piratenpartei als grösste unter Kleinen.

Die Konfessionslosen tragen ihr Programm im Namen. Sie fordern – wie auch die Piratenpartei – eine vollständige Trennung von Kirche und Staat, sie wollen den Religionsunterricht in der Schule abschaffen und den Zugang zur Sterbehilfe freier ausgestalten. Die Wahlliste umfasst 33 Namen.

Tierpartei in der Mitte

Ebenfalls eine Listenverbindung eingegangen ist die Tierpartei (TPS), zusammen mit CVP, GLP, EVP und BDP. Die letztes Jahr ins Leben gerufene TPS tritt mit 12 Namen an und stellt den Respekt allem Leben gegenüber ins Zentrum ihres Programms. Ihre Vertre-

ter wollen den Tierschutz stärken, sie fordern Tieranwälte und die Abschaffung von Tierversuchen.

Neu- und Wiedereinsteiger

Ohne Allianzen schliesslich setzen «partiefrei.ch», die Anti-Powerpoint-Partei, Subitas und die «Schweizerische Narrenpartei» – Die wenigstens Ehrlichen» zum Sprung ins Bundeshaus an. Für «partiefrei.ch» treten eine Frau und 15 Männer an, unter ihnen der 68-jährige Alt-Kantonsrat Hans-Jacob Heitz, dieses Jahr auch Ständeratskandidat. Nach Mitgliedschaften in FDP, SVP und Liberaler Partei braucht er in seiner neuen politischen Heimat kein Parteibuch mehr, die Nationalratsliste wurde von einem Trägerverein lanciert. Die Gruppierung verspricht, eine von parteipolitischen Positionen unabhängige Politik zu betreiben.

Männer-Anliegen hat sich der Ende 2010 gegründete Verein Subitas verschrieben. Die Mitglieder kämpfen für mehr männliche Lehrkräfte in der Volksschule und gegen Gleichstellungsbüros, solange diese nicht zu 50 Prozent mit Männern besetzt sind. Auf der eigenen Liste für die Nationalratswahlen hat Subitas die Gleichstellung bereits in ihrem Sinne überwunden: Es kandidieren 3 Männer und eine Frau.

Rasch auf den Punkt gebracht ist die Mission der Anti-Powerpoint-Partei. Ihr einziger Kandidat ist Rhetorik-Trainer und verspricht, sich für Menschen einzusetzen, die sich bei Powerpoint-Präsentationen langweilen. Weniger klar schliesslich artikuliert die «Schweizerische Narrenpartei – Die wenigstens Ehrlichen» ihre Ziele. Ihr einziger Kandidat lässt lediglich verlauten, er wolle als Zürcher «Dichter und Freigeist» gegen Missstände in Bern angehen.